



**Diese EU ist am Ende –
Neustart in die
»Republik Europa«!**

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Unser Kontinent steckt in der Krise. Das liegt auch an der »Europäischen Union«.

Ihre Wirtschaftspolitik hat den Kapitalismus weiter entfesselt, hat Konkurrenzkampf, Lohn- und Sozialdumping verschärft. Die EU hat keine Sozialpolitik, die verhindert, dass Regionen und Staaten auseinanderdriften. Ihre Institutionen haben große demokratische Defizite und treiben die Militarisierung voran. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen die »Union« ablehnen. Diese EU ist an ihren Konstruktionsfehlern gescheitert. Errungenschaften wie die Friedensordnung in Kontinentaleuropa, die Förderpolitik oder der freie Personenverkehr ins Nachbarland stehen auf dem Spiel. Anti-Europäer wollen uns weismachen, dass die Nationalstaaten ihre Probleme selbst lösen könnten. Das stimmt aber schon lange nicht mehr, denn die Welt vernetzt sich – wer sich isoliert, der verliert.

Wir schlagen eine »Republik Europa« vor, in der diejenigen entscheiden, die betroffen sind.

Diese EU ist keine Union der Bürgerinnen und Bürger, sondern vor allem ein bloßer Zusammenschluss nationaler Regierungen, die in ihrem Egoismus wetteifern. Ein Neustart muss her: Unser Ziel ist die Republik Europa, bestehend aus Regionen, in denen wichtige Belange des Alltags vor Ort geregelt werden. »Mehr Europa« lässt sich nicht von oben verordnen – eine europäische Bürgerschaft muss selbst wachsen. Sie soll eine europäische Vertretung

wählen, die den Namen »Parlament« verdient und sich nur um Dinge kümmert, die auf der europäischen Ebene geregelt werden müssen. Dazu gehört eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, die gleichwertige Lebensverhältnisse schafft und das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« umsetzt. Dazu gehören ausgebaute Förderprogramme, die stärker in sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich investieren. Dazu gehört eine Friedenspolitik, die Rüstungsvorhaben wie einer »europäische Armee« eine Absage erteilt und Waffenexporte verbietet. Menschenleben und Sicherheit sind wichtiger als Konzernprofite.

Es gibt viel zu tun – Sachsen muss als europäische Region mitreden! Die CDU-geführte Staatsregierung und die CDU-geführte Landtagsmehrheit ignorieren wichtige Instrumente, mit denen der Freistaat die europäische Gesetzgebung beeinflussen könnte. So verzichtet Sachsen viel zu oft auf kritische Stellungnahmen zu EU-Vorhaben. Wir wollen, dass Sachsen in Europa aktiv für unsere Interessen streitet, und dabei geht es um weit mehr als um Fördermittel. Wir müssen mithelfen, die europäische Krise zu bezwingen. Das geht nur miteinander, nicht im Kampf aller gegen alle.

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*